

**Bericht von der Klausur des
Bundessenioren-Ausschusses (BSA)
02 bis 05. Juli 2018 im Bildungszentrum
Berlin-Wannsee**

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

in dieser Klausur sollte der Koalitionsvertrag auf seniorenrelevante Themen in Arbeitsgruppen überprüft werden. Zu den Problemfeldern gehören zweifellos die Altersvorsorge/Rente und die Pflegeversicherung. Zu beiden Themen sprachen die ver.di-Experten Judith Kerschbaumer/Norbert Reuter (Rente) und Dietmar Erdmeier (Pflege).

**Rentenkommission
„Verlässlicher Generationenvertrag“**



Der Kommission gehören VertreterInnen der Sozialpartner, der Politik und der Wissenschaft an. Ziel ist es, Wege zu einer nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der Alterssicherungssysteme ab dem

Jahr 2025 zu finden. Um das Fundament für einen neuen, verlässlichen Generationenvertrag zu schaffen. Als Gewerkschaftsvertreterin gehört das DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach der Kommission an. Zu den Beratungen sollen auch Jugend- und Senioren-VertreterInnen gehört werden.

Judith Kerschbaumer erläuterte die Position zur Rentenproblematik und stellte klar, dass ver.di sich für die Beibehaltung und Stärkung der paritätisch finanzierten gesetzlichen Rente einsetzt; in einem umlagefinanzierten, mit solidarischen Umverteilungselementen ausgestattetes System. Ergänzt durch eine betriebliche Altersversorgung, die besonders wichtig für diejenigen ist, die auf Grund ihres Lebens-Arbeitsverlaufes nur mit einer kleinen Rente rechnen können, sollen sie durch einen Tarifvertrag abgesichert werden.

Darüber hinaus verdeutlichte sie, was u.a. für die Alterssicherung unerlässlich ist, nämlich höhere Löhne, keine prekären Jobs, mehr Vollzeitbeschäftigung und Vereinbarkeit von Sorge-Arbeit sowie Beruf.

Soeben erschienen, die ver.di-Renten-Broschüre.

„Wann in Rente“. Neu aufgelegt und aktualisiert. Die Einleitung gibt einen kurzen Einblick in die aktuelle Rentenpolitik.



Gerade durch die Rentenkampagne von ver.di, den Gewerkschaften und dem DGB ist das Thema Alterssicherung wieder auf der politischen Agenda und hat viele Menschen für die künftige Entwicklung ihrer Alterseinkommen sensibilisiert. Eine nützliche Hilfe für Kinder, Enkelkinder und Freunde.

Die Broschüre ist bei ver.di vor Ort erhältlich. Kann aber auch im Internet bestellt werden für 3,50 Euro. <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/service/publikationen/+co++41e50b36-5cc9-11e3-b44a-525400438cf>



Schwerstpflegebedürftig: die Pflegeversicherung

ver.di weist zu Recht darauf hin, dass durch die Rentenkampagne viele Menschen für ihre zukünftige Rente sensibilisiert wurden. Sensibilisiert wurden sie auch durch öffentlichkeitswirksame ver.di-Aktionen für den Pflegenotstand. Seit dem 01.01.2017 gibt es das „Pflegestärkungsgesetz II“, das die Pflegestufen abschaffte und durch fünf Pflegegrade ersetzte und erstmals Demenzzranke erfasste. Wenngleich mittlerweile sensibilisiert, ist es erstaunlich wie zögerlich die Politik die Baustelle Pflege angeht. So etwa bei der Finanzierung der Pflegeversicherung. Denn die Pflegeversicherung ist bis heute eine Teilkostenversicherung, die besonders Pflegebedürftige mit geringerem Alterseinkommen finanziell überproportional belastet.

Solidarische Pflegevollversicherung

Hier hatte ver.di bereits Ende 2012 eine Studie vorgelegt „Eine Pflegevollversicherung dient der Verwirklichung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Nicht der Geldbeutel darf über Umfang und Qualität der Pflege entscheiden“, betonte seinerzeit Frank Bsirske. Gleichzeitig sorgte eine solidarische Vollversicherung für eine Verbesserung der Versorgungsqualität und des Leistungsangebots bei höherer Personalausstattung. Obgleich hier alles noch ziemlich im argen liegt, versicherte uns Dietmar Erdmeier, dass das Problem Finanzierung mittlerweile von allen Parteien und in den Gremien heiß diskutiert wird, und es besteht die

Hoffnung, dass in absehbarer Zeit die notwendigen Veränderungen/Verbesserungen ernsthaft angegangen werden.

Aber die Wegstrecke ist steinig. Es muß nicht nur der Pflegekräftemangel behoben werden, sondern auch die Pflege-Betreuung und -Beratung muss dringlichst vor Ort ausgebaut werden, dies schilderte Dietmar Erdmeier nachdrücklich. Und er sagte auch „Pflege muss nicht arm-machen“ und auf die pflegenden Angehörigen bezogen „sie darf auch nicht krank-machen. Diese Probleme sind lösbar“.

Wo noch weitere Steine vom Weg gerollt werden müssen, hatten die ver.di-Senioren bereits vor Jahren analysiert und erkannt, so dass sie sie in ihre Broschüre „Das seniorenpolitische ver.di-Programm“ (S. 14, 15) haben einfließen lassen, indem sie u.a. fordern:

- stete Fortentwicklung der kommunalen Planung und Steuerung der pflegerischen Infrastruktur
- weiterer Ausbau unabhängiger Pflegestützpunkte/Beratungsstellen
- ein neutrales Kontrollsystem für Pflegeeinrichtungen, um eine qualifizierte Pflege sicherzustellen
- für pflegende Angehörige weitere praxisbezogene Schritte zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
- faire angemessene tarifliche Löhne sowie gute Ausbildungsbedingungen für das Personal in der Altenpflege



Fragen zu Pflege-Kammern

Die Einrichtung von Pflege-Kammern sehen die ver.di-SeniorInnen sehr skeptisch. Fragen ergaben sich sehr wohl, was eine Kammer soll, die Fachpflegekräfte zur Pflichtmitgliedschaft einschließlich Pflichtbeiträgen rekrutiert, aber keine Kompetenz hat, die Arbeits- und -Gehaltsituation positiv durch Tarifverhandlung zu beeinflussen oder die Bedingungen zur Lösung des Fachkräftemangels zu verändern? Es scheint, dass hier die Landespolitiker Augenwischerei auf Kosten der betroffenen ArbeitnehmerInnen betreiben.



Andrea Kocsis, zuständig für den Bereich Seniorenpolitik im Bundesvorstand, die ebenfalls an der Sitzung teilnahm, sagte auch, dass die Anträge zum Bundeskongress vorab genauestens überprüft würden. Denn über 1000 Anträge - wie beim letzten Bundeskongress - blockiere Zeit, die wiederum für Diskussionen dann fehle.

Dass es auch anders geht, habe der DGB-Bundeskongress aufgezeigt. Der sehr erfolgreich war, wie Andrea Kocsis hervorhob und von den BSA-Delegierten, die dabei waren, bestätigt wurde. Besonders erfreulich war es, dass alle ver.di-Anträge angenommen worden seien.

Umstrukturierung ver.di

Darüber hinaus berichtete sie noch, dass man mit der Umstrukturierung innerhalb ver.di's gut vorankomme, wenngleich es an der einen oder anderen Stelle noch hakt. Dass aber alles rechtzeitig vor dem Bundeskongress sichergestellt sein würde, meinte sie zuversichtlich.

Innerhalb der Umstrukturierung wird in Erwägung gezogen, die Personengruppe Senioren aus dem bisherigen aktiven Fachbereich (Ressort 2, Fachbereich 10) auf Bundesebene dem Ressort 4 Personal zuzuordnen, das sich auch um Organisations- und Personalentwicklung, Informationstechnik und Organisations-service kümmert.

Karin Hesse als zuständige Ressort-Leiterin Personal stellte sich den SeniorInnen vor. Ebenso die eventuell zukünftige hauptamtliche Senioren-Betreuerin, Ingrid Schechinger, die bis heute noch in der ver.di internen Revision arbeitet.

Etliche der heutigen SeniorInnen haben während des Arbeitslebens für und mit ihrer Gewerkschaft erfolgreich sozialpolitische Maßstäbe gesetzt, Hier möchten sie politisch weiterwirken. Und sie fragen, warum die Seniorenarbeit nicht einem Ressort zugeordnet werden kann, in dem sehr viele seniorennahe Themen behandelt werden, wo SeniorInnen, die aktiv in Selbstverwaltungsorganen oder als BeraterInnen ver.di vertreten, betreut werden. Es gibt Zweifel, ob eine intern mit den Folgen der Umstrukturierung und „ver.di wächst“ besetzte Personalabteilung die überzeugende Begleitung und Lenkung der SeniorInnen bei politischen Zukunftsthemen sein kann.

Doch das letzte Wort wird hier der Bundesvorstand nach abschließender Beratung sprechen.

Und Friedhelm Oberst stellte zum Schluss noch klar, dass die SeniorInnen hier auf kein Mitbestimmungsrecht pochen könnten.